

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Samstag, 22. Mai 2010 · Nr. 117/2010

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Große Koalition in Düsseldorf wahrscheinlich

reb. DÜSSELDORF, 21. Mai. Voraussichtlich am kommenden Donnerstag wird es in Nordrhein-Westfalen zwischen CDU und SPD zu ersten Gesprächen über die Bildung einer großen Koalition kommen. In CDU-Kreisen wird damit gerechnet, dass Ministerpräsident Rüttgers (CDU) und seine SPD-Herausforderin Kraft am Wochenende erste Einzelheiten zum Ablauf der Gespräche abklären. Am Freitag machte Frau Kraft deutlich, dass sie von der CDU erhebliche Zugeständnisse erwartet. „Wir sind gewählt worden für einen Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen“, sagte sie im Deutschlandfunk. Dazu gehörten ein längeres gemeinsames Lernen der Kinder in den Schulen oder die Abschaffung der Studiengebühren. CDU-Generalsekretär Krautscheid sagte, seine Partei nehme das Wahlergebnis sehr ernst. Man werde einige Positionen überdenken. Außer Frage stehe jedoch, dass die Union den Ministerpräsidentenposten für sich beanspruche, weil sie am 9. Mai mehr Stimmen erzielt habe als die SPD. (Siehe Seite 4 und Kommentar, Seite 10.)

Heute

Das Duell der Alpha-Tiere

Im Finale der Champions League treffen nicht nur Inter Mailand und Bayern München aufeinander, sondern auch zwei Strategen auf der Trainerbank. **Sport, Seite 30**

Nigeria in Pilgerzell

In Deutschlands katholischen Gemeinden arbeiten Hunderte von Priestern aus andern Ländern – etwa in einer Fuldaer Landgemeinde, deren Pfarrer wegen Verfehlungen abberufen wurde. **Politik, Seite 3**

Nach der Attacke

In zwölf Jahren ist die „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürger“ für viele Globalisierungsgegner zur Heimat geworden. Sieht sich Attac heute am Ziel? **Politik, Seite 4**

Verdienstvolle Führung

Seit August gilt das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung – als erste Antwort auf Versäumnisse und Exzesse. Andere Länder ertragen gut verdienende Vorstandschefs besser. **Wirtschaft, Seite 13**

Ein Erfolg für die Ewigkeit

Bundestrainer Uwe Krupp zeigt sich nach dem Halbfinaleinzug so emotional wie selten. Vor dem WM-Spiel gegen die russischen Eishockeystars warnt er vor Schulterklopfen. **Seite 27**

In einem kranken Haus

Der Missbrauchsskandal droht die Odenwaldschule zu zerstören, jeder misstraut hier jedem. Die Direktorin sagt: „Ich halte das nicht mehr aus.“ Ein elftägiger Besuch in einer Anstalt. **Feuilleton, Seiten 31 und 33**

Kurze Pause mit Folgen

Viele Betriebe haben die Mitarbeiter in der Krise auf Kurzarbeit gesetzt. Manche überlegen, ob sie nicht doch noch Kündigungen aussprechen sollten. Auch das Finanzamt meldet sich noch. **Beruf und Chance, Seite C 1**

Mitteilung des Verlags:

7 Seiten Stellenanzeigen von Seite C 5 an; Anzeigen Unterricht – Weiterbildung – Seminare auf Seite C 12. **Druckauflage: 516 678 Exemplare**

50 Tage nach Ostern



Heiliger Geist – Die Taube ist eines der Symbole für das, was den Jüngern Jesu zuteil wurde, als sie sich fünfzig Tage nach der Auferstehung in Jerusalem versammelten. Aber auch der unsichtbare Wind, fließendes Wasser oder Feuer symbolisieren den Heiligen Geist. Den Jüngern verlieh der Geist

die Fähigkeit, in fremden Zungen zu predigen, was auch „Pfingstwunder“ genannt wird. Damit wurde aus christlicher Sicht die „Babylonische Sprachverwirrung“ aufgehoben, mit der Gott die Menschen für die Hybris des Turmbaus zu Babel bestraft hatte.

Foto KNA

„In unserem besten, wohlverstandenen nationalen Interesse“

Parlament billigt Euro-Rettungspaket / Opposition kritisiert unzureichende Information

rike. BERLIN, 21. Mai. Der Bundestag hat am Freitag mit der Mehrheit der Regierungsfractionen den deutschen Anteil am Rettungspaket für den Euro beschlossen. Auch der Bundesrat stimmte dem Gesetzentwurf zu, demzufolge Deutschland für strauchelnde Euro-Länder Garantien von bis zu 148 Milliarden Euro bereitstellen soll. Im Bundestag stimmten 319 von 587 Abgeordneten für den Gesetzentwurf von Union und FDP. Die Fraktionen von SPD und Grüne hatten angekündigt, sich zu enthalten, die Linke wollte mit Nein stimmen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) verteidigte das Vorgehen der Regierung: „Wir tun das nicht aus Großzügigkeit gegen andere, sondern in unserem besten, wohlverstandenen nationalen Interesse“, sagte er in der Debatte. Es sei im Interesse Deutschlands,

eingebunden zu bleiben in das weiter zusammenwachsende Europa. Die gemeinsame Währung sei für Deutschland „von einem ganz überragenden Vorteil“.

Das „Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“ sieht vor, dass Deutschland Garantien von 123 Milliarden Euro bereitstellt, um Euro-Staaten beizustehen, die in Zahlungsschwierigkeiten sind. Der Garantierahmen kann um 20 Prozent auf 148 Milliarden Euro überschritten werden. Insgesamt soll der europäische Schutzschirm für die Gemeinschaftswährung bis zu 750 Milliarden Euro umfassen: 60 Milliarden Euro aus EU-Mitteln, 440 Milliarden Euro Garantien der Euro-Staaten plus Hilfen des Internationalen Währungsfonds.

Die Opposition kritisierte am Freitag, von der Regierung nicht ausreichend über die Details des Rettungspakets informiert worden zu sein. Außerdem warf sie ihr vor, nicht entschieden genug für eine strengere Regulierung der Finanzmärkte zu sorgen. Wer 148 Milliarden Euro vom Parlament genehmigt bekommen wolle, müsse anders um die Zustimmung werben, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Fraktion Kuhn. Nach der Bundestagsdebatte traf die Kanzlerin den neuen britischen Premierminister Cameron. Sie sprach mit ihm auch über eine strengere Regulierung von Hedgefonds, der Cameron kritisch gegenübersteht. (Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2 und 6, siehe auch Wirtschaft, Seite 11.)

Länder begehren gegen Bafög-Erhöhung auf

Schavan hält an Vereinbarung aus Koalitionsvertrag fest / Debatte über Steuererhöhungen

holl. WIESBADEN, 21. Mai. Die Debatte über Einsparungen und mögliche Steuererhöhungen hält an. Mit Hinweis auf die dramatische Haushaltslage lehnen die Länder auf Initiative des hessischen Ministerpräsidenten Koch (CDU) und seines bayerischen Amtskollegen Seehofer (CSU) die von der Bundesregierung geplante und im Koalitionsvertrag vereinbarte Bafög-Erhöhung für Studenten aus einkommensschwachen Familien ab. Auch das neue Stipendienprogramm wurde abgelehnt. Bei einem Treffen des Finanzausschusses des Bundesrates in Dresden stimmten elf Finanzminister mit Nein, vier Länder, darunter Baden-Württemberg, enthielten sich. Der Staatssekretär im hessischen Finanzministerium, Schä-

fer (CDU), sagte, dass die mit einer Bafög-Erhöhung verbundenen Zusatzkosten der Länder in Höhe von fast 173 Millionen Euro „nicht zu schultern“ seien. Bundesbildungsministerin Schavan (CDU) will jedoch an den Vorhaben festhalten.

Der Streit über die Bafög-Erhöhung ist Teil der von Koch angestoßenen Auseinandersetzung über Einsparungen bei der Bildung. Bei einem Treffen der Unions-Ministerpräsidenten mit Kanzlerin Merkel kurz vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai hatte Koch im Namen seiner Kollegen die Beteiligung der Länder an dem Vorhaben in Frage gestellt, die Ausgaben für Bildung bis 2015 auf jährlich zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern. Auf einem Bildungsgipfel

am 10. Juni soll dieses im Dezember 2009 vereinbarte Ziel verbindlich festgelegt werden. In Verhandlungen mit Frau Merkel wollen die Ministerpräsidenten zumindest erreichen, dass der bisher mit 60 Prozent veranschlagte Anteil der Länder an diesen Mehrausgaben deutlich sinkt. Dies könnte etwa durch eine Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens zugunsten der Länder geschehen. Die Finanzminister der Länder schlossen sich mehrheitlich auch einem Vorschlag Baden-Württembergs an, staatliche Unterhaltszahlungen an alleinerziehende Mütter und Väter zu kürzen. Unterdessen zeigten sich führende Unions-Politiker offen für Steuererhöhungen. (Siehe Seite 2, Kommentar Seite 10 sowie Wirtschaft, Seite 11.)

Amerikanischer Senat beschließt Finanzreform

pwe/nks. WASHINGTON/NEW YORK, 21. Mai. Der amerikanische Senat hat am Donnerstagabend mit 59 zu 39 Stimmen seine Fassung einer Finanzmarktreform beschlossen, um das Risiko einer abermaligen Finanzkrise zu verringern. Die Reform ist die umfassendste Regulierung der Finanzbranche in den Vereinigten Staaten seit den dreißiger Jahren. Kernstücke sind ein geordnetes Insolvenzverfahren für Banken, weniger Spielräume für riskante Finanzgeschäfte und eine neue Verbrau-

cherschutzbehörde für Finanzdienstleistungen. Als nächster Schritt müssen der Senat und das Abgeordnetenhaus ihre konkurrierenden Gesetzentwürfe einander anpassen. (Siehe Wirtschaft, Seite 12.)

An unsere Leser: Wegen des Feiertages Pfingstmontag erscheint die nächste Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am Dienstag, 25. Mai, zur gewohnten Zeit. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung kommt am 23. Mai heraus. Aktuelle Nachrichten und Berichte finden Sie während der Feiertage im Internet unter www.faz.net.

Nur die Götter

Von Berthold Kohler

Die SPD tat sich am Freitag nicht zum ersten Mal schwer damit, Kredite mit weitreichenden Folgen zu billigen. Auch im Sommer 1914 rang sie mit sich, wollte aber „in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“ lassen. Ihr Votum für die Kriegsanleihen des Kaiserreichs, von den Kommunisten als „Verrat“ an der internationalen Solidarität des Proletariats gegeißelt, hängt ihr bis heute nach. Dieses Mal – abermals ziehen die Völker in den Krieg, wenn auch nur gegen die „Spekulanten“ – muss ihr die Lage wohl noch verzwickter vorgekommen sein. Beim Rettungspaket für den Euro ging es im Reichstag (wieder) um das Hochhalten der internationalen Solidarität und den Kampf gegen den ausbeuterischen Finanzkapitalismus, aber auch um Punkte im innenpolitischen Streit mit der Regierung. Da enthielt die SPD sich lieber der Stimme, nun schon zum zweiten Mal. Ihre Überzeugungen reichten weder für ein zweifelndes Ja noch für ein donnerndes Nein. Die stolze deutsche Sozialdemokratie zog es vor, als politisches Neutrum in die Geschichte einzugehen.

Die Regierungsparteien, denen die Opposition im selben Atemzug zu

langsames und zu schnelles Handeln vorwirft, haben sich als Getriebene der Märkte auch nicht nur mit Rührm bekleckert. Wer aber der Kanzlerin wie die ebenfalls enthaltenen Grünen „Verfassungsbruch“ vorwirft, hätte das Gesetz ablehnen müssen. Und wer wie Gabriel Frau Merkel vorhält, sie habe keinen Plan zur Überwindung der Krise, sollte zum Ohrenarzt gehen; in ihrer jüngsten Regierungserklärung stellte sie ihn detailliert vor.

An einem Konzept fehlt es nicht, wohl aber an der Macht, es durchzusetzen. Schon das ausländische Echo auf den Berliner Alleingang bei den Leerverkäufen und auf das von der Opposition ausgegebene Motto „Finanzmarkttransaktionssteuer oder Tod!“ zeigen, wie gering die Reichweite deutscher Ordnungsvorstellungen ist. Auch im Prinzip sehr befreundete Regierungen sehen manches ganz anders, von europäischen Eigenbröttern wie den Briten ganz zu schweigen. Die grundsätzlichen Reformen, die Frau Merkel als unumgänglich ansieht, um die EU und den Euro krisenfest zu machen, sind ohne Einstimmigkeit erfordernde Änderungen an den Verträgen nicht möglich. Wie diese Einigkeit herbeigeführt werden soll, wenn sich schon in Deutschland Regierung und Opposition über Details zerstreiten, wissen derzeit wohl nur die griechischen Götter.

Griff nach dem Silberpokal

Von Roland Zorn

Früher waren sie vor allem erbitterte Rivalen, missgünstige Konkurrenten, kompromisslose Gegner. Heute sind sie selbstverständliche Partner, freundliche Kollegen, hilfsbereite Kameraden. Was im Fußball jahrelang undenkbar schien, ist inzwischen gelebte Realität: deutsch-holländische Freundschaft auf hohem professionellen Niveau. Nirgendwo zeigt sich das Ergebnis besser nachbarschaftlicher Beziehungen im Spitzensport derzeit besser als in der Mannschaft des FC Bayern München. Louis van Gaal, ein Niederländer, ist ihr Cheftrainer, dessen Landsmann Mark van Bommel ihr Kapitän und Arjen Robben, ein weiterer Holländer, ihr Star.

Die Klasse und das Können dieser drei Führungskräfte blühen nicht so hell, trüge nicht auch das bayerische Lokolorit elementar zum bisher schon leuchtenden Saisonserfolg des national nahezu unantastbaren deutschen Meisters und Pokalsiegers bei. Junge Profis wie Thomas Müller und Holger Badstuber oder gestandene Spieler wie Bastian Schweinsteiger und Philipp Lahm sind im größten und populärsten deutschen Fußballklub sozialisiert und auf höchstem Niveau getrimmt worden.

An diesem Samstagabend in Madrid greift die deutsch-niederländische Gemeinschaft, angereichert durch weitere Koryphäen deutscher und ausländischer Provenienz, nach der am meisten begehrten Trophäe des Vereinsfußballs: dem großen Silberpokal, den alljährlich der Sieger im Champions-League-Wettbewerb gen Himmel stemmt. Erobern die Bayern auch diesen Pott, wäre es die Krönung einer unvergleichlichen Erfolgsgeschichte. Das „Triple“ hat noch keine deutsche Mannschaft gewonnen. Gegner ist Internationales Mailand, Italiens Meister und Pokalsieger, der seinem Vereinsnamen alle Ehre macht. Inter nämlich tritt unter seinem portugiesischen Trainer José Mourinho ohne einen einzigen Italiener zum Finale im Bernabéu-Stadion an – mit dem vielleicht weltbesten Abwehrverbund überhaupt. So wie sich bei Bayern niederländische Spielidee und Spielkunst mit deutscher Hingabe und Organisationskraft verbinden, halten bei Inter brasilianische Abbräumer wie der frühere Bayern-Abwehrchef Lucio mit argentinischen Vorkämpfern zusammen. Die im Sport tief verwurzelte Rivalität der südamerikanischen Führungsmächte wird erst bei der Weltmeisterschaft in Südafrika zu beobachten sein.

Die besten Mannschaften der Champions League, zu denen auch noch der FC Barcelona, der FC Chelsea und Manchester United gehören, werden von vielen Fachleuten als mindestens so gut eingeschätzt wie die besten Nationalteams – oder sogar als besser. In den Eliteklubs versammeln sich die stärksten und teuersten Spieler der Welt und produzieren dabei sportliche Markenartikel, die auf dem grenzenlosen Austausch von Phantasie, Talent

und Erfahrung beruhen. Insofern ist der Hochglanzveranstaltung Champions League auch eine integrative Kraft zu eigen, die wie ein zusätzlicher Schub auf die Identifikation der Fans mit ihren Klubs wirkt. Van Gaal, van Bommel und Robben sind, jeder auf seine Weise, auch Botschafter niederländischer Lebensart, die, weil erfolgreich, in Deutschland ankommt.

Die Bayern können nach ihrem Triumph 2001 nun ein zweites Mal die Champions League gewinnen. Daraus eine neue Topqualität des deutschen Fußballs abzuleiten griffe indes zu kurz. Eine weitaus bessere Plattform für die Beurteilung der nationalen Fußball-Qualität bietet anschließend die Weltmeisterschaft. Dort konkurrieren die Deutschen – ohne ihren verletzten

Bayern München bietet sich an als Objekt für nationalen Fußballstolz und für internationale Hochachtung.

Kapitän Michael Ballack – dann wieder mit den Holländern sowie mit Brasilianern und Argentinern. Wenn das rund vier Wochen dauernde Turnier mit Fest- und Testcharakter am 11. Juli vorbei ist, wird man genauer beurteilen können, wer seine Examina im internationalen Wettstreit bestanden hat und wer nicht.

In der Bundesliga hat es während der abgelaufenen Saison viele Anzeichen gegeben, die zumindest auf einen sportlichen Aufwärtstrend deuten. Sie besticht nicht nur durch die Solidarität ihrer Klubs und die Solidarität bei der Verteilung ihrer Fernseheinnahmen; sie gewinnt in Zeiten der Weltwirtschaftskrise auch sportlich an Bedeutung, weil die meisten Vereine die Balance halten zwischen dem, was sie erreichen wollen und leisten können.

In den Europapokal-Konkurrenzen schlugen sich jenseits von München der Hamburger SV, der VfL Wolfsburg und der VfB Stuttgart ordentlich; eine Reihe deutscher Spieler mit Perspektiven haben die Saison mitgeprägt; dazu beleben Stars wie Robben und sein gegen Inter gesperrter französischer Kollege Ribéry die Szene. Schließlich mit van Gaal wieder einmal eine ausländische Trainer-Kapazität Freude an der Arbeit in Deutschland.

Falls die Nationalelf, was manche zumal nach Ballacks Ausfall glauben, nicht gut genug sein sollte, wie 2006 bei der WM im eigenen Land Gesprächsstoff für ein weiteres Fußballmärchen zu liefern, böte sich ersatzweise der FC Bayern als Objekt für nationalen Fußballstolz und internationale Hochachtung an. Der Traditionsklub bliebe auch bei einer Finalniederlage gegen Inter eine sportliche Institution – und das nicht nur in den Augen der Deutschen.



| | | | | | | | |
|---------------------------|----|--------------------------|----|-------------------------|----|-------------------------|----|
| Briefe an die Herausgeber | 8 | Deutschland und die Welt | 9 | Menschen und Wirtschaft | 16 | Feuilleton | 31 |
| Bilder und Zeiten | 21 | Zeitgeschehen | 10 | Wetter | 18 | Schallplatten und Phono | 28 |
| Kunstmarkt | 35 | Wirtschaft | 11 | Finanzmarkt | 19 | Medien | 39 |
| Beruf und Chance | 4 | Die Lounge | 13 | Kurse | 22 | Hörfunk | 39 |
| Impressum | C1 | Unternehmen | 14 | Sport | 27 | Fernsehen | 40 |

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Abonnenten-Service: 0180 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen max. 42 Cent pro Minute). Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de. Belgien 3,10€ / Dänemark 24kr. / Finnland, Frankreich, Griechenland 3,10€ / Großbritannien 2,70€ / Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande 3,10€ / Norwegen 29kr. / Österreich 3,10€ / Portugal (Conti) 3,10€ / Schweden 30kr. / Schweiz 5,00fr. / Slowenien 3,10€ / Spanien, Kanaren 3,10€ / Ungarn 820Ft

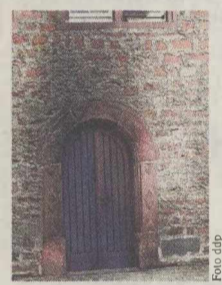
STREIFZÜGE

Worms

Anschlag auf die Synagoge

Im Fenstergitter steckt ein Gebinde aus gelben Blumen, rund um die hölzerne Eingangstür ist das Mauerwerk von Ruß schwarz gefärbt. Wenige Meter entfernt halten zwei Polizeibeamte Wache vor der Nordfassade der Alten Synagoge in Worms. Hier, an der parallel zur mittelalterlichen Stadtmauer verlaufenden Judengasse, haben unbekannte Täter in der Nacht zu Montag einen Brandanschlag auf das jüdische Gotteshaus verübt, der in Worms, aber auch im ganzen Land für Entsetzen gesorgt hat. Das von Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) regierte Rheinland-Pfalz setzte eine Belohnung von 10 000 Euro für Hinweise zur Ergreifung der Täter aus. Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) richtete eine 35 Ermittler starke Sonderkommission ein. Auch das Bundeskriminalamt in Wiesbaden ist eingeschaltet.

An acht Stellen an den Außenwänden der Synagogen-Vorhalle fand die Spurensicherung der Polizei Reste einer brennbaren Flüssigkeit. Eine „vernichtende Wirkung“, wie der zuständige Mainzer Polizeipräsident Karl Heinz Weber sagt, hätte jedoch der zusätzlich durch das Fenster über der Tür geschleuderte Molotowcocktail entfallen können. Zum Glück durchschlag der Brandsatz jedoch nicht die Scheibe, hinter der sich die Bibliothek der Synagoge befindet: „Das war kein Dummer-Jungen-Streich, sondern ein gezielter Anschlag.“ Die Täter hinterließen auch auf DIN-A-4-Blätter kopierte Bezeichnungsschreiben, in denen sie in ungelesener, aber gut lesbaren, handschriftlichen Deutlichkeit auf den israelisch-palästinensischen Konflikt als Motiv verwiesen: „Sobald ihr nicht den Palästinensern Ruhe gebt, geben wir euch keine Ruhe.“ Die Vermutung, dass Täter mit diesem Satz eine falsche Spur zu Islamisten legen wollten, ließ die Polizei unkommentiert. Als besonders perfide empfindet der Wormser Oberbürgermeister Michael Kessel (SPD), dass die Täter mit der Alten Synagoge ein Zeugnis jüdischen Glaubens im Visier hatten, das schon einmal, in der „Reichspogromnacht“ vom 9. auf den 10. November 1938, in Brand gesteckt worden war. Angehörige der SA hatten die 1175 hier erstmals errichtete und mehrfach zerstörte Synagoge niedergebrannt. Am 3. Dezember 1961, dem ersten Chanukka-Tag des jüdischen Jahres 5722, wurde die von Bund, Land und Stadt wiederaufgebaute Synagoge in Anwesenheit von Vizekanzler Ludwig Erhardt (CDU) neu geweiht. Erst seit einigen Jahren gibt es wieder eine kleine, 135 Mitglieder zählende jüdische Gemeinde. Von den vor 1938 fast 1100 in Worms lebenden Juden wurden 540 von den Nationalsozialisten ermordet.



Brandfleck

THOMAS HOLL

„Kreative Unruhe“ aus Bayern

Ministerpräsident Seehofer organisierte zusammen mit Roland Koch den Widerstand gegen die Bafög-Erhöhung. In München lautet allerdings das Kommando an seine Mitstreiter: „Maul halten“.

Von Albert Schäffer

MÜNCHEN, 21. Mai. Es gibt sie also doch noch, die gute alte CSU, die in München genau weiß, was in Berlin zu tun ist. In den vergangenen Monaten war es so ruhig um diese Kernkompetenz der bayerischen Regionalpartei geworden, dass schon Vermisstenanzeigen formuliert wurden. Doch rechtzeitig zum Pfingstfest meldete sich der Parteivorsitzende und Ministerpräsident Seehofer zu Wort, in einer Sprache, die an den einstigen Parteipatriarchen Franz Josef Strauß erinnert. Er müsse sich schon manchmal sehr zurückhalten, um nicht aus der Haut zu fahren, ließ Seehofer am Freitag wissen. Es sei eine Verhöhnung der Bevölkerung, wenn sich der Berliner Koalitionsausschuss für eine Transaktionssteuer entscheide, zugleich Finanzminister Schäuble (CDU) aber wissen lasse, dass es sie nicht geben werde, weil sie in anderen Ländern nicht gewünscht werde.

Anders als weiland Strauß wählte Seehofer zwar nicht den „Bayernkurier“, sondern die „Süddeutsche Zeitung“ für seine Philippika – ganz scheint die CSU nicht darauf zu vertrauen, dass wie früher ein Halbsatz in ihrem Parteiorgan ausreicht, um jenseits der Landesgrenzen die – in Straußens Diktion – politischen Pygmäen in Angst und Schrecken zu versetzen. Dennoch strengte sich Seehofer an, den Gestus des Weltpolitikers Strauß aufzunehmen; es könne nicht sein, dass bei der Transaktionssteuer den Verhandlungspartnern in London und Washington über die Öffentlichkeit mitgeteilt werde: „Seid mal nicht so nervös, wir haben zwar was beschlossen, aber wir wissen, dass ihr sowieso nicht zustimmt.“ Übertreiben wollte Seehofer es allerdings nicht als spätes Strauß-Echo und fügte im besten Berliner Politjargon an, ein solches Verhalten halte er nicht für „zielführend“. Ohnehin ist Seehofer bei allem Pochen auf die erhöhte politische Einsichtsfähigkeit seiner Partei – richtig stolz sei er auf die CSU-Landesgruppe im Bundestag, die sich „famos“ in der Finanzdebatte verhalten habe – darauf bedacht, den Alleinstellungsanspruch seiner Partei nicht zu überziehen. Er achtet darauf, sich im Geleit der Ministerpräsidenten der Union zu bewegen, der sich gegen die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Merkel formiert. Dass zunächst der hessische Ministerpräsident Koch (CDU) vorpreschte mit der Forderung, die Bildungsausgaben dürften von Sparanstrengungen nicht ausgenommen sein, dann auf Betreiben Kochs und Seehofers die Finanzminister der Länder mehrheitlich gegen eine Erhöhung der Bafög-Sätze Stellung bezogen, dürfte als Exempel dafür taugen, was Seehofer unter „kreati-

ver Unruhe“ versteht, die er am Freitag mit Blick auf die Berliner Koalition ankündigte. Die Zurückhaltung seiner Partei in den vergangenen Wochen habe schließlich nicht zur Verbesserung der Situation in Berlin geführt, merkte Seehofer an, ganz der Ehrenbezeichnung verpflichtet, die ihm manche in Bayern geben: „Seine Süffisanz“. Wobei Seehofer die Losung „kreative Unruhe“ strikt auf Berlin bezieht – in München, in der bayerischen Landespolitik, soll ein striktes Schweigegebot gelten, jedenfalls für nachgeordnete Truppenführer wie den Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion, Georg Schmid. Er hatte in dieser Woche Zweifel geäußert, ob das finanzpolitische Wahrzeichen Bayerns, der Haushalt ohne neue Schulden, nicht in die Archive verbannt werden müsse, zumindest für eini-

ge Zeit. Und Schmid ließ auch noch seine Gedanken schweifen, wo in Bayern gespart werden könne, etwa im öffentlichen Dienst. Seehofer hatte schon in der Vergangenheit den Spitznamen des Fraktionsvorsitzenden – „Schüttelschorsch“, weil es auch sehr mobilen Wählern schwerfällt, seinem Händedruck zu entgegenen, wenn sie in seine Nähe kommen – auf seine Weise interpretiert. Nach Schmid gesammelten Spargedanken ließ sich Seehofer mit der barschen Aufforderung „Maul halten“ zitieren, gefolgt von dem beschwichtigenden Zugeständnis, er sage auch manchmal einen Satz zu viel.

Seehofer musste allerdings am Freitag mit einem Phänomen zurechtkommen, das in seiner Partei immer wieder gerne vergessen wird – nämlich dass die Union nicht nur in Berlin, sondern auch in Mün-

chen mit einem Koalitionspartner regiert. Und dass dieser in beiden Fällen FDP heißt. Der bayerische Wirtschaftsminister Heubisch (FDP) geißelte die Blockadehaltung beim Bafög mit der unfreundlichen Bemerkung, die Bildungspolitik eigne sich nicht für „Machtsspielen“. Er teile den Wunsch der Finanzminister der Länder, einen höheren Anteil an der Mehrwertsteuer zu erhalten; das könne aber nicht durch eine Ablehnung der Bafög-Erhöhung erzwungen werden. Aus Sicht Seehofers dürften das gleich mehrere Sätze zu viel gewesen sein; aber seine Maxime, dass Schweigen in Berlin Blech, aber in München Gold ist, wird in der FDP noch schwerer als in der CSU durchsetzbar sein, von pädagogischen Fingerzeigen wie „Maul halten“ ganz abgesehen.



Landesfürsten in gemeinsamer Mission – Seehofer und Koch im Februar bei einem Treffen ihrer Kabinette in Aschaffenburg

Foto ddp

Von der Ablehnung bis zur Zustimmung – die Finanztransaktionssteuer in Zitaten

„Bei diesem Thema hat die FDP die Koalitionsfrage gestellt. Da können wir nichts machen. Dann müssen wir darauf verzichten.“
Volker Kauder, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender, am 6. Mai in einer Fraktionsitzung der schwarz-gelben Regierungskoalition zum Thema Finanztransaktionssteuer.
 „Jetzt muss die Reregulierung dazukommen. Den Schaden müssen die bezahlen, die ihn verursacht haben. Da erscheint mir eine Finanztransaktionssteuer ein wichtiges Instrument.“
Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, am 12. Mai im Gespräch mit dieser Zeitung.
 „Jeder weiß, dass das nicht funktionieren kann, weil Amerikaner und Kanadier sie

bereits abgelehnt haben.“
Hermann-Otto Solms, FDP, am 13. Mai im Berliner „Tagesspiegel“ zur Finanztransaktionssteuer.
 „Placebo“, „Blendgranate“
Christian Lindner, FDP-Generalsekretär, nach einer Sitzung des FDP-Präsidiums am 17. Mai zur Finanztransaktionssteuer.
 „Das sind gleichberechtigte Elemente, die alle an unterschiedlichen Stellen wirken, aber gemeinsam am Schluss zum Ergebnis haben, dass wir die Akteure in dem Bereich an den Krisenkosten beteiligen.“
Alexander Dobrindt, CSU-Generalsekretär, fordert am 17. Mai wahlweise die Einführung einer Finanztransaktionssteuer oder einer Finanzaktivitätssteuer.
 „Jeder weiß, dass das nicht funktionieren kann, weil Amerikaner und Kanadier sie

für eine wirksame Finanzmarktsteuer – das heißt eine Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer – einzusetzen.“
Beschluss der schwarz-gelben Regierungskoalition vom 18. Mai.
 „Wir sind der Auffassung, dass der Finanzmarktsektor an den Kosten der Krise beteiligt werden soll. Diejenigen, die zu Lasten von Steuerzahlern spekulieren, müssen zu den Kosten der Krise herangezogen werden.“
Birgit Homburger, FDP-Fraktionsvorsitzende, am 18. Mai nach dem Beschluss der schwarz-gelben Regierungskoalition.
 „Dass sich die Koalition endlich bei der Transaktionssteuer bewegt, ist ein großer Erfolg der SPD.“
Sigmar Gabriel, SPD-Vorsitzender, am 18. Mai. (magr)

Parlament billigt Rettungspaket

Der Fraktionschef der Linken, Gysi, sagte während der Bundestagdebatte an Kanzlerin Merkel (CDU) gewandt: „Wenn wir hier mal um eine Million Euro kämpfen im Bundestag für einen sozialen oder kulturellen Zweck, dann dauert es neun Monate, bevor wir das Nein bekommen. Aber wenn es um zig Milliarden geht, läuft alles in einer Woche. Das müssen Sie der Bevölkerung mal erklären!“ Der Parteivorsitzende der SPD, Gabriel, warf der Regierung vor, in der Frage einer Finanztransaktionssteuer nicht eindeutig Position bezogen zu haben.

Die Regierung hatte eine solche Steuer zunächst abgelehnt, da sie international nicht durchsetzbar, national aber wirkungslos sei. In seiner Rede am Freitag sagte Schäuble nun, die Bundesregierung werde sich auf dem G-20-Treffen in Kanada im Juni für eine solche Steuer einsetzen. Sollte es dort keine Chance dafür geben, wolle sie sich für eine EU-weite Regelung stark machen – oder auch nur für eine Transaktionssteuer im Euro-Raum, also ohne Einbeziehung des Finanzplatzes London. Gabriel entgegnete: „Wenn das ein ernsthafter Meinungswandel ist, warum beschließen wir das nicht im Deutschen Bundestag?“ In Wahrheit habe die Union nichts anderes als einen „faulen Formelkompromiss“ mit der FDP hinbekommen. Bundesaußenminister Westerwelle (FDP) warf Gabriel hingegen vor: „Es geht doch heute nicht darum, ob Sie die Regierung gut finden. Es geht darum: Wie stehen Sie zu Europa?“

Schäuble betonte, der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt müsse geschärft werden. Zudem müssten die Ursachen der Spekulation bekämpft werden, „und das heißt die Reduzierung der Defizite durch alle Länder der Euro-Zone“. Gleich nach der Bundestagdebatte machte sich der Finanzminister auf den Weg nach Brüssel, wo zum ersten Mal die EU-Arbeitsgruppe zur Reform der Währungsunion zusammenkam.

Nur wenige Abweichler

Die Zahl der Abgeordneten, die am Freitag bei der namentlichen Abstimmung über das Euro-Rettungsgesetz anders als die Mehrheit ihrer Fraktion votierten, ist gering. Aus der CDU/CSU-Fraktion gab es vier Nein-Stimmen der Abgeordneten Funk, Gauweiler, Kolbe und Willsch; diese hatten auch gegen das Griechenland-Rettungsgesetz gestimmt. Nun kamen noch drei Enthaltungen dazu. Aus der FDP-Fraktion stimmte (abermals) der Abgeordnete Schäffler mit Nein und dazu noch der Abgeordnete Knoepe. Der Finanzpolitiker und Bundestagsvizepräsident Solms enthielt sich der Stimme. In der SPD-Fraktion enthielten sich die meisten Abgeordneten. Nur der Abgeordnete Gunkel lehnte das Gesetz ab. Doch nahmen 17 SPD-Abgeordnete an der Abstimmung nicht teil; unter ihnen waren einige (darunter die Europapolitiker Roth und Angelica Schwall-Düren), die bei der Griechenland-Hilfe der Vorgabe der Fraktionsführung, sich der Stimme zu enthalten, nicht gefolgt waren und dem Gesetz zugestimmt hatten. Von den Abgeordneten der Links-Fraktion lehnten 66 das Euro-Rettungsgesetz ab; zehn nahmen an der Abstimmung nicht teil. Auch die Grünen-Fraktion trat geschlossen auf. 63 Abgeordnete stimmten mit Enthaltung, fünf gaben ihre Stimme nicht ab. (ban.)

Heute

Köhler in Afghanistan

Zum ersten Mal verschafft sich der Bundespräsident einen eigenen Eindruck von dem Land, in dem die Bundeswehr in ihrem umfangreichsten Einsatz steht: Ein Zeichen an die Truppe. **Politik, Seite 6**

Proteste in Dubai

Mehrere hundert Bauarbeiter aus Ländern des indischen Subkontinents haben vor der Außenstelle des Arbeitsministeriums ihre Löhne und die Rücksendung in ihre Heimatländer gefordert. **Politik, Seite 7**

Licht in den Ruhrpott

Für eine Kunstschau stellen sechzig Privatpersonen ihre Wohnungen zur Verfügung. Auch Gisela Schmidt ist erleuchtet. Sie geht zur Installation in den Keller. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

Neu und alt

Mehr als ein Drittel Neulinge wird das britische Unterhaus demnächst haben. Doch das Alter überwiegt nach wie vor, nicht nur in den Zeremonien, die seit Jahrhunderten überdauern. **Zeitgeschehen, Seite 10**

Junge Seelen

Jugendliche Straftäter sollen, wie der Supreme Court geurteilt hat, nicht mehr lebenslang in Haft. Aber einen automatischen Anspruch auf vorzeitige Haftentlassung gibt es auch nicht. **Zeitgeschehen, Seite 10**

Initiative gegen „Flatrate-Bordelle“

Baden-Württemberg für Bordell-Genehmigungspflicht

rs. STUTTGART, 21. Mai. Die baden-württembergische Landesregierung will mit einer Bundesratsinitiative die Einrichtung von so genannten „Flatrate-Bordellen“ verhindern. Die von der Landessozialministerin Monika Stolz (CDU) vorbereitete Bundesratsinitiative sieht vor, für Bordelle künftig eine staatliche Genehmigungspflicht einzuführen. Neue Bordelle sollen zunächst nur eine befristete Betriebslaubnis bekommen und Antragstellern, die wegen einschlägiger Delikte wie Menschenhandel vorbestraft sind, soll die Betriebslaubnis verweigert werden. Im Jahr 2009 hatten „Flatrate-Bordelle“ in Fellbach („Pussy-Club“), Heidelberg, Wuppertal und Berlin für Proteste

gesorgt. Diese Clubs hatten für 100 Euro Essen, Getränke, Sauna und beliebige sexuelle Dienstleistungen angeboten. Die Betreiber des Fellbacher Clubs stehen seit einer Razzia vor Gericht. Der Berliner Senat kündigte unterdessen eine Bundesratsinitiative an, um die Verwendung öffentlicher Gelder bei Sozialunternehmen besser kontrollieren zu können. Der Grund hierfür ist der Skandal bei der Berliner Treberhilfe. Der Geschäftsführer des freien Trägers im Sozialbereich hatte unter anderem als Dienstfahrzeug einen Maserati benutzt. Der Senat möchte auch solchen Sozialeinrichtungen die Sätze kürzen können, die Niedriglöhne zahlen.

Alkoholverbot im Nahverkehr?

Südwesten will Konsum in Bussen und Bahnen verbieten

rs. STUTTGART, 21. Mai. Der baden-württembergische Innenminister Rech (CDU) hat sich für ein Alkoholkonsumverbot in Bussen und Bahnen ausgesprochen. „Das Alkoholverbot ist ein wirksames Instrument, um den öffentlichen Nahverkehr sicherer zu machen“, sagte Rech. Der Innenminister sprach sich für entsprechende Verbotsregelungen in den Beförderungsordnungen aller etwa 380 ÖPNV-Beförderungsgesellschaften in Deutschland aus. Eine nationale Studie über einzelne Verkehrsbetriebe habe ergeben, dass es weniger Straftaten gebe, wenn der Alkoholkonsum in Bussen und Bahnen verboten sei. Dazu sei keine Gesetzesänderung erforderlich, es reiche eine entsprechende

Formulierung in den Beförderungsbedingungen. Rech will das Thema in der kommenden Woche auf der Innenministerkonferenz diskutieren und eine entsprechende Empfehlung erreichen. Die Innenminister könnten auch eine Empfehlung an die Verkehrsminister der Länder aussprechen. Die baden-württembergische Landesregierung bereitet auch eine Novellierung des Polizeigesetzes vor, damit Städte und Gemeinden in Ausnahmefällen auf öffentlichen Plätzen ein Alkoholkonsumverbot aussprechen können. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim hatte das lokale Alkoholkonsumverbot der Stadt Freiburg aufgehoben und die Einschränkung von Grundrechten moniert.

STIMMEN DER ANDEREN

Eine staatsterroristische Aggression
 Zur Versenkung eines südkoreanischen Kriegsschiffs durch ein nordkoreanisches Torpedo schreibt die Tageszeitung „The Times“ (London):
 „Das grundlegende Abfeuern eines Torpedos in südkoreanischen Gewässern war ein Akt der Aggression, der zum Muster des Staatsterrorismus und Fremdenhasses passt. Die Vergeltungsmöglichkeiten ... sind allerdings begrenzt: Ein Staat, der sich weder um die internationale Meinung schert noch um das Schicksal der Menschen, die unter seinem Joch stehen, wird sich nicht von Resolutionen oder Sanktionen beeindruckt lassen. Aber es ist dennoch wichtig, dass die internationale Verurteilung glaubwürdig ist. Wenn das schon – wie zu vermuten ist – keine Auswirkungen auf den Aggressor hat, dann könnte es zumindest daran erinnern, wie zwecklos es ist, eine Annäherung an Pjöngjang zu suchen.“

Pjöngjangs kalkulierter Wahnsinn
 Die „Basler Zeitung“ äußert zu diesem Thema:
 „Die große Frage ist nun, warum sich Pjöngjang, der Norden Koreas, zu dem Angriff hat hinreißen lassen. Hinter dem Wahnsinn dürfte Kalkül stecken: eine innenpolitische Mutprobe vor dem sich abzeichnenden Machtwechsel im Reich des schwerkranken Kim Jong-il. Die Generäle, die zuletzt an Einfluss gewannen, werden die Versenkung des Schiffs als Sieg feiern und ihren Anspruch auf das Erbe des lieben Führers bekräftigen. ... Um weiteren Wahnsinn zu verhindern, sind jetzt die Verbündeten der beiden Korea gefordert. Die Vereinigten Staaten müssen den Süden beschwichtigen; vor allem aber muss China Nordkorea zur Vernunft bringen.“

Die Schuld des thailändischen Establishments
 Nach den blutigen Auseinandersetzungen im Land brauche Thailand nun demokratische Wahlen, meint die Amsterdamer Tageszeitung „Trouw“:
 „Thailands Establishment trifft die meiste Schuld. Es wollte nicht akzeptieren, dass in einer Demokratie auch andere an die Macht kommen können als nur Politiker, die von König und Armee unterstützt werden. Stabilität ist eine Tugend, aber für eine lebensfähige Demokratie ist die Möglichkeit von Veränderungen eine Notwendigkeit. Das sollte der König akzeptieren, der bei den vielen Militärputschen der letzten Jahrzehnte fast nie eingriff. Es ist etwas anderes erforderlich als Scharfschützen. Am besten wäre es, wenn Premier Abhisit zustimmte, eine Interimsregierung mit Vertretern der Protestbewegung zu bilden, damit sich die Gemüter beruhigen können.“

Tiefe Risse im G-20-Bund
 Zur angestrebten globalen Regulierung der Finanzmärkte bemerkt die „Salzburger Nachrichten“:
 „Nach der Finanzkrise priesen die Politiker die neue Einigkeit auf höchster Ebene als großen Schritt zu mehr Stabilität im globalisierten Finanzsystem. Man ließ die Welt wissen, dass allein die G-20-Plattform das Forum sei, das wegen der dort versammelten Wirtschaftsmacht die Kraft habe, global akzeptierte Regeln zu setzen und durchzusetzen. Weit gefehlt. Bei der Besteuerung des Finanzsektors gehen tiefe Risse durch das lose Bündnis. Sobald einer eine Richtung einschlägt, greift ihm ein anderer ins Lenkrad. So wird es nie weltweit einheitliche Spielregeln geben. Und die Spieler im Finanzsektor lachen sich derweil ins Fäustchen.“

Nach deutschem Vorbild
 In der Pariser Tageszeitung „Libération“ heißt es zu den Plänen Staatspräsident Sarkozys, Defizit-Regeln nach deutschem Vorbild einzuführen:
 „In Frankreich gibt es rechts wie links eine Kultur des permanenten Defizits, selbst in Zeiten des starken Wachstums. Dies ist schädlich für das Ansehen des Staates ... Dennoch wäre die Einführung einer Haushaltsnorm in die Verfassung ... anfechtbar. Es sind die amerikanischen Liberalen, die sich zum Vorreiter dieser Disziplin gemacht haben. Mit einem Hintergedanken: den Staat zu zwingen, in die Neutralität zurückzukehren, um es dem Markt zu überlassen, die Konjunkturjustierungen vorzunehmen. Mit anderen Worten wird aber auch der Gemeinschaft verboten, der Wirtschaft zur Hilfe zu kommen, um die sozialen Erschütterungen abzufedern, die sich dann in all ihrer Härte entwickeln würden.“

Sarkozys kleine Spitze gegen Angela Merkel
 In der Tageszeitung „Le Figaro“ (Paris) lesen wir zum Antrittsbesuch des neuen britischen Premierministers David Cameron bei Präsident Sarkozy:
 „Der neue britische Premierminister ist bei seinem ersten Auslandsbesuch zu einem Abendessen im Elysée-palast empfangen worden ... Sarkozy hat aus diesem Anlass ... auch daran erinnert, dass er den Chef der britischen Konservativen bei jedem seiner Besuche in London getroffen habe, das letzte Mal am 12. März. Dies könne nicht von allen europäischen Staats- und Regierungschefs gesagt werden. Es sollte eine mokante kleine Spitze gegen Angela Merkel sein, die den Kandidaten der Tories nicht getroffen hatte.“

Berlin und die Neuordnung der Märkte
 Die „Leipziger Volkszeitung“ befasst sich mit Berlins Vorschlägen für einen künftigen globalen Finanzmarkt:
 „Bei dem deutschen Vorstoß geht es nicht darum, den Kapitalmarkt zu sozialisieren. Die Regierung Merkel will Übertreibungen auf dem Parkett verhindern, die unübersehbare Folgen haben können. Das Verbot ungedeckter Leerverkäufe macht daher Sinn und steht in keinem Widerspruch zu ordnungspolitischen Ansätzen. Mit Angebot und Nachfrage hat das Ganze sowieso wenig zu tun. Mit Spekulationen dagegen schon. Der in Berlin eingeschlagene Weg ist angesichts der geringen Volumina und der Begrenzung auf den deutschen Finanzplatz ohnehin nur ein Mosaikstein bei der Neuordnung der Märkte. V. ausgesetzt natürlich, dass die führenden Industriemächte mitziehen. Geschieht dies nicht, ist der Strategiewechsel der Kanzlerin kläglich gescheitert.“

Neidvolle Blicke nach Düsseldorf?
 Die „Cellesche Zeitung“ beschäftigt sich mit der politischen Situation in Nordrhein-Westfalen:
 „Hannelore Kraft geht die Dinge in Nordrhein-Westfalen anders an als einst Andrea Ypsilanti in Hessen. In der alten Bundesrepublik präsentiert sich die Linke noch immer als bunter Haufen. Als Basis für eine tragfähige Regierungsarbeit taugen derartige Gruppierungen nicht. Populistische Forderungen wären nur hinderlich, kompromissfähige Hardliner am Kabinettschiff eher kontraproduktiv – wie sich auch bei der schwarz-gelben Bundesregierung gezeigt hat. Vermutlich wird Bundeskanzlerin Merkel neidisch nach Düsseldorf schauen, wenn es dort zur Bildung einer großen Koalition kommt.“